



Mehr Gelassenheit im deutsch-polnischen Verhältnis ist dringend geboten

Jochen-Konrad Fromme zum Besuch des polnischen Ministerpräsidenten Kaczynski in Berlin am 30.10.2006

Im deutsch-polnischen Verhältnis gärt es seit vielen Monaten. Dafür trägt die Regierung in Warschau die Hauptverantwortung. Immer wieder provoziert die Warschauer Regierung, sei es durch das Infragestellen der Rechte für die deutsche Minderheit in Polen oder durch das Zurückhalten des polnischen Finanzierungsbeitrages für das deutsch-polnische Jugendwerk.

Auch im Verhältnis zur Europäischen Union sind aus Warschau immer wieder schrille Töne zu vernehmen. Offensichtlich erhofft sich die Regierung von Ministerpräsident Kaczynski innenpolitischen Erfolg durch dieses Auftreten in der Außenpolitik.

Es ist gut, dass die Bundeskanzlerin und die Bundesregierung bis heute mit Gelassenheit auf diesen Politikstil reagiert haben.

Nachdem man sachlich auf den internationalen Maßstab für Minderheitenrechte in Europa hingewiesen worden ist, hat die Regierung Kaczynski ihr angekündigtes Vorhaben zur Einschränkung der Minderheitenrechte nicht weiter fortgesetzt.

Es ist gut, dass Angela Merkel den Vorschlag von Ministerpräsident Kaczynski abgelehnt hat, ein deutsch-polnisches Abkommen zum gegenseitigen Verzicht auf Entschädigungsansprüche abzuschließen.

In einem Rechtsstaat ist es nicht möglich, dass der Staat auf individuelle Ansprüche Einzelner verzichtet. Sollte die Bundesregierung den

Verzicht auf individuelle Ansprüche von Heimatvertriebenen erklären, so wäre dies ein enteignungsgleicher Eingriff.

Gerade in der Frage des Eigentums ist Gelassenheit dringend geboten. So spielt für die allermeisten betroffenen Heimatvertriebenen die Frage des Fortbestands des Eigentums heute keine Rolle mehr.

Nach einer grausamen Geschichte in der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts haben Polen

und Deutsche in den vergangenen 16 Jahren seit der Wende in Europa vieles auf dem Weg zu einer dauerhaften Aussöhnung und einer guten Nachbarschaft erreicht. Rückschritte in diesem Prozess dürfen nicht zugelassen werden. Dabei ist besonders auch auf die Menschen in Polen zu setzen. Nur diese können letztendlich ihrer Regierung deutlich machen, dass man aus antideutscher und antieuropäischer Politik keinen innenpolitischen Nutzen ziehen kann.



Jochen-Konrad Fromme

INHALT

SEITE 3
AUCH EINE KLEINE MINDERHEIT RECHTFERTIGT DIE BEFASSUNG DURCH EINE REGIERUNGSKOMMISSION
IAV

SEITE 5
AUSSTELLUNG HAT GEZEIGT; ZIEL DER STIFTUNG ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN MUSS UNTERSTÜTZT WERDEN
IAV

SEITE 6
GUTE GRUNDLAGE FÜR POSITIVE ENTWICKLUNG DES DEUTSCH-KASACHISCHEN VERHÄLTNISSSES
Jochen-Konrad Fromme

SEITE 7
VERTREIBUNGEN IN VERGANGENHEIT, GEGENWART UND ZUKUNFT ÄCHTEN
Christa Stewens

Nordrhein-Westfalen plant Imagekampagne für die deutschen Spätaussiedler

Christoph Bergner, Minister Armin Laschet und Integrationsbeauftragter Kufen planen stärkere Zusammenarbeit



v.l.n.r.: Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Christoph Bergner, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, der nordrhein-westfälische Integrationsminister Armin Laschet, Thomas Kufen, Integrationsbeauftragter der Landesregierung von NRW

Der Beauftragte der Bundesregierung informierte sich in Düsseldorf über den "20-Punkte-Aktionsplan Integration" der Landesregierung Nordrhein-Westfalen. Der Integrationsminister, Armin Laschet, und der Integrationsbeauftragte, Thomas Kufen, unterstrichen in dem Gespräch, dass die neue Landesregierung sich zu ihrer besonderen Verantwortung gegenüber den Spätaussiedlern bekennt. Ziel der Landesregierung ist, die mitgebrachten Potentiale der Spätaussiedler im naturwissenschaftlichen, künstlerischen, musikalischen und sportlichen Bereich stärker zu nutzen und die breite Öffentlichkeit über diese Potentiale besser zu informieren.

"Seit 1990 bis heute sind rund 700.000 Menschen mit deutschen Wurzeln nach Nordrhein-Westfalen gekommen. Dieses Thema stärker in die Öffentlichkeit zu tragen und sie dafür zu sensibilisieren betrachte ich als eine der wichtigsten Aufgaben in diesem Zusammenhang" sagte Kufen. "Insbesondere sollen die positiven Beispiele der gelungenen Integration in den Vordergrund gestellt werden. Oft wird darüber berichtet, was nicht klappt oder wo noch Defizite bestehen. Auf der anderen Seite sind mehrere hunderttausende Menschen zu uns gekommen und sind ein Teil unserer Gesellschaft geworden. Allein diese Tatsache

spricht dafür, dass die Integration gelingen kann" ist Kufen überzeugt. "Insbesondere Deutsche aus Russland wollen so schnell wie möglich ein Teil dieser Gesellschaft werden. Dabei nehmen sie sehr oft Arbeitsstellen an, die weit unter ihrer Qualifikation liegen. Eine schwierige Ausgangslage haben die Jugendlichen, die vor der Ausreise kurz vor Schulabschluss standen und hier nur wenig Zeit haben sich zurechtzufinden. Vor dem Hintergrund solcher Hindernisse können wir von einer integrationspolitischen Erfolgsgeschichte sprechen" sagt Kufen bilanzierend.

Thomas Kufen und Dr. Christoph Bergner wollen die bisherige Zusammenarbeit ausbauen und eine engere Abstimmung der einzelnen Maßnahmen zwischen Berlin und Düsseldorf erreichen. Insbesondere stand die Vernetzung der ehrenamtlichen Multiplikatoren in Nordrhein-Westfalen zur Koordinierung und Optimierung der Integrationsmaßnahmen auf der Tagesordnung.

"Diese Maßnahme soll die Arbeit vor Ort effektiver machen und die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer in ein landesweites Konzept einbinden. Somit sollen die Ressourcen sinnvoll und gezielt eingesetzt werden können", so Kufen abschließend.

kurz notiert:

34 Prozent aller Bayern ab 14 Jahren engagieren sich ehrenamtlich. Dies stellte **Staatssekretär Jürgen W. Heike** aus dem Sozialministerium für die Bayerische Staatsregierung fest. Im Zusammenhang mit der Fachtagung „Bürgerschaftliches Engagement und Integration“ wurden Möglichkeiten und Strategien erörtert, Zuwanderer durch Einbindung in ehrenamtliche Strukturen zu integrieren.

kurz notiert:

Der Innenminister von Baden-Württemberg, **Heribert Rech**, nahm am 19. Oktober die Verleihung des Russlanddeutschen Kulturpreises 2006 vor. Der Preis, der in diesem Jahr zum zehnten Mal vergeben wurde, ging an den Grafiker Nikolaus Rode. Er erhielt den mit 5.000 Euro dotierten Hauptpreis. Der Maler Eduard Hollmann und der Bildhauer Jakob Wedel wurden ebenfalls ausgezeichnet.

Auch eine kleine Minderheit rechtfertigt die Befassung durch eine Regierungskommission

Gespräch mit dem usbekischen Botschafter über Andijan und die Situation der 15.000 Deutschen im Land



v.l.n.r.: Jochen-Konrad Fromme, Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bakhtiyar Gulyamov, außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter von Usbekistan, Anita Schäfer, Kurt J. Rossmannith, Thomas Helm, Referent in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jamal Ataev, 2. Sekretär in der usbekischen Botschaft

Zu einem Gespräch über die Ergebnisse der Delegationsreise der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Juni 2006 nach Usbekistan und Kasachstan ist der usbekische Botschafter Bakhtiyar Gulyamov am 26. September 2006 mit den AG-Mitgliedern zusammengetroffen.

Ein Schwerpunkt des Gesprächs bildeten die Ereignisse von Andijan im Mai 2005, als usbekische Sicherheitskräfte äußerst brutal und opferreich gegen Aufständische vorgegangen sind. Da viele Aspekte in diesem Zusammenhang bis heute ungeklärt sind, wurde in dem Gespräch die Notwendigkeit einer internationalen Untersuchung unterstrichen. Intensiv wurde die Situation der rund 15.000 Angehörigen der

deutschen Minderheit in Usbekistan erörtert. Die insgesamt gute Integration, verbunden mit den Möglichkeiten der Kulturpflege, wurde von den Teilnehmern der Delegationsreise hervorgehoben. Die von Seiten der Bundesregierung erwogene Möglichkeit der Wiedereinführung einer Regierungskommission über die Belange der deutschen Minderheit in Usbekistan wurde von usbekischer Seite sehr befürwortend aufgenommen. Nach Auffassung von Botschafter Gulyamov rechtfertigte auch eine kleine Minderheit eine Befassung durch eine Regierungskommission. Von deutscher Seite wurde der Wunsch vorgebracht, die Sendeplätze für deutschsprachige Radio- und Fernsehsendungen zur Unterstützung der Kulturpflege zu erweitern.

Hessen unterstützt zukunftsweisende Projekte zur Integration von Spätaussiedlern

Der hessische Beauftragte für Aussiedler, Rudolf Friedrich, zur Zusammenarbeit mit Russlanddeutschen

Der Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung, Rudolf Friedrich, hat den neuen Landesvorsitzenden der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Johann Thießen, in seinem Büro zum Antrittsbesuch empfangen. „Die landsmannschaftliche Mithilfe bei der Eingliederung der Russlanddeutschen hat sich wirkungsvoll bewährt“, stellte Friedrich fest. Landesvorsitzende Thießen gab einen Überblick über die geplanten Aktivitäten der Landsmannschaft und bedankte sich für die Unterstützung durch das Land Hessen. Er würdigte insbesondere die Unterstützung durch Ministerpräsident Roland Koch und die Sozialministerin Silke Lautenschläger, die bundesweit einmalig sei. Wichtige

Themen des Gespräches waren die Erfahrungen des Projekts „Auf- und Ausbau eines Netzwerkes von Multiplikatoren zum Zwecke der Verstärkung der Integrationsarbeit mit russlanddeutschen Spätaussiedlern“ sowie die Veröffentlichung einer Broschüre mit Unterstützung der Hessischen Landesregierung. Ebenfalls wurde darüber gesprochen, dass die Landsmannschaft einen Kongress zum Thema Bildung durchführen will. Landesbeauftragter Friedrich nahm mit Interesse die beabsichtigten Projekte der Landsmannschaft zur Kenntnis und stellte sowohl eine ideelle als auch eine materielle Förderung im bisherigen Umfang in Aussicht.

Jochen-Konrad Fromme eindrucksvoll im Amt des Vorsitzenden bestätigt

Obligatorische Wahlen zur Bestätigung von Vorstand und Amtsträgern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

In offener Abstimmung wurde der niedersächsische Bundestagsabgeordnete Jochen-Konrad Fromme von den Mitgliedern der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion einstimmig im Amt des Vorsitzenden bestätigt.

Ebenfalls einstimmig wurden die Abgeordneten Klaus Brähmig, Susanne Jaffke und Stephan Mayer (Altötting) zu stellvertretenden Vorsitzenden der Gruppe gewählt.

Jochen-Konrad Fromme dankte für den Vertrauensbeweis, der als Stärkung seiner Position für Verhandlungen mit dem Koalitionspartner und mit Partnern im Ausland über die Anliegen der Heimatvertriebenen, deutschen Spätaussiedler und deutschen Minderheiten zu verstehen sei. So seien gute Erfolge im Bereich der Kulturarbeit nach § 96 BVFG festzustellen, wo in diesem und im nächsten Jahr eine Million Euro mehr zu Verfügung stehen, als unter der alten Bundesregierung. Jetzt gehe es vor allem darum, in der Ausgestaltung der Arbeit nach § 96

BVFG weitere Verbesserungen zu erzielen.

Bei der Schaffung des im Koalitionsvertrag vereinbarten „sichtbaren Zeichens“ in Berlin zur Aufarbeitung der Vertreibungsgeschichte sollen die Positionen der Union für ein Zentrum gegen Vertreibungen verwirklicht werden.

Sehr am Herzen liegt Jochen-Konrad Fromme auch, bei der Frage des Familiennachzuges der Spätaussiedler zu einer verbesserten Regelung zu kommen, die den Grundsätzen von Ehe und Familie in stärkerem Maße gerecht werden.

Auch seien zum Beispiel in Bezug auf die Opfer von Zwangsarbeit noch Anliegen offen, für deren Lösung er sich einsetzen will.

Die deutschen Minderheiten im Ausland, besonders die deutsche Minderheit in Polen, bedürfen angesichts der derzeitigen politischen Situation in unserem Nachbarland unserer besonderen Unterstützung, so Fromme.

Die Lebensverhältnisse der Deutschen in Kasachstan haben sich in den letzten Jahren verbessert

Kairat Sarybay, Botschafter der Republik Kasachstan, am 24. Oktober im Gespräch mit CDU/CSU-Gruppe



v.l.n.r.: Nurlan Kassymkulov (Botschaftsrat, Kasachstan), Susanne Jaffke, Anita Schäfer, Valeri Sitenko (Botschaftsrat, Kasachstan), Jochen-Konrad Fromme, Erika Steinbach, Amos Helms (Konrad-Adenauer-Stiftung), Kairat Sarybay, außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter der Republik Kasachstan, Rudolf Götz MdL (Niedersachsen), Carsten Müller

Insgesamt seien die rund 225.000 Deutschen, die in Kasachstan leben, gut integriert und nicht von Diskriminierungen betroffen, fasste Jochen-Konrad Fromme die Ergebnisse einer Delegationsreise kurz zusammen. Auch hätten sich die Lebensverhältnisse in den letzten Jahren verbessert. Im Gespräch mit dem kasachischen Botschafter Kairat Sarybay wurde aber auch über das hohe Wohlstandsgefälle zwischen Stadt und Land in Kasachstan gesprochen, von dem dann auch die in ländlichen Regionen lebenden Deutschen durch Armut betroffen seien. Zudem

seien Sprachkurse zum Erlernen der deutschen Sprache bei weitem nicht für jeden erreichbar. Erfreulich seien Fortschritte bei der Einigung über ein Regierungsabkommen zur Unterstützung der deutschen Minderheit. Über Verbesserungen bei der Ausstellung von Visa von deutscher Seite wurde ebenso gesprochen, wie über weiterhin bestehende Probleme bei der Rechtssicherheit für mögliche Investoren in Kasachstan, von dem auch deutsche Spätaussiedler betroffen sind, die heute in ihrem Herkunftsland investieren.

Ausstellung hat gezeigt: das Ziel der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ muss unterstützt werden

Sitzung der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft der Beauftragten für Vertriebene und Aussiedler am 17. Oktober



v.l.n.r.: Rudolf Götz MdL, Beauftragter für Heimatvertriebene und Spätaussiedler (Niedersachsen), Jochen-Konrad Fromme, Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heribert Rech, Innenminister von Baden-Württemberg, Rudolf Friedrich, Beauftragter für Vertriebene und Aussiedler der Hessischen Landesregierung, Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Christoph Bergner, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten

Auf Einladung des Baden-Württembergischen Innenministers Heribert Rech traf sich die Arbeitsgemeinschaft der Bund-Länder-Beauftragten für Fragen der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler der Union am 17. Oktober 2006 in der Vertretung des Landes Baden-Württemberg in Berlin.

Vor der Sitzung besuchten die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft die Ausstellung „Erzwungene Wege“ der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“. Die Stiftungsvorsitzende Erika Steinbach führte durch die Ausstellung und konnte wenige Tage vor ihrer Schließung mitteilen, dass die Gesamtzahl von 60.000 Besuchern die Erwartungen der Ausstellungsmacher bei weitem übertroffen und die Exposition auch dadurch zu einem vollen Erfolg habe werden lassen.

„Die Ausstellung spiegelt den breiten Ansatz der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen wider. Es geht um die Darstellung des europaweiten Phänomens der Vertreibungen im 20. Jahrhundert“, betonte Rech. „Die Ausstellung soll deutlich machen, mit welchen unmenschlichen Mitteln Vertreibungen stattgefunden haben und wie sie von den Betroffenen erlitten worden sind, seien es nun Armenier im osmanischen Reich, Finnen, die von der Sowjetunion aus Karelien vertrieben worden sind oder Zyprioten, die unter der Besetzung des Nordens ihrer Insel durch die Türken zu leiden hatten.“ Vorwürfe, das Zentrum gegen Vertreibungen wolle mit der Hervorhebung des deutschen Vertreibungsschicksals von den durch das Dritte Reich begangenen Kriegsverbrechen und dem unvorstellbaren Leid ablenken, das es vor allem über die osteuropäischen Völker gebracht habe, fanden in der Ausstellung keine Bestätigung.

Auch durch die Ausstellung werde deutlich, dass die Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen in ihrer Zielrichtung weiter unterstützt werden müsse. „Die baden-württembergische Landesregierung hat sich wie-

derholt dazu bekannt“, sagte der Minister. Mit dem umfassenden Ansatz der Ausstellung, der die Geschichte anderer Staaten und Völker einschließe, werde zugleich deutlich, dass Berlin als Bundeshauptstadt der geeignete Ort für das „Zentrum gegen Vertreibungen“ sei.

Im Rahmen der Sitzung standen ferner Fragen der Integration deutscher Spätaussiedler und die stärkere Nutzung des Lagers Friedland auf der Tagesordnung. Zu Fragen der bisher unbefriedigenden Regelung



Beim Besuch der Ausstellung „Erzwungene Wege“ im Kronprinzenpalais, v.l.n.r.: Erika Steinbach, Jochen-Konrad Fromme, Susanne Jaffke, Heribert Rech, Innenminister von Baden-Württemberg, Klaus Brähmig beim Familiennachzug soll eine bessere Lösung auf der Ebene der Innenminister verhandelt werden. Thematisiert wurde auch die Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz, die in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich erfolgt. Unterstützung kam für die Schaffung eines Europäischen Kulturprogramms für die Vertreibungsgebiete ebenso wie für die Schaffung eines nationalen Gedenktages für die Opfer der Vertreibung.

Deutschland und Kasachstan vereinbaren Abkommen zur Unterstützung der deutschen Minderheit

Deutsch-kasachische Regierungskommission tagte vom 30. bis zum 31. Oktober 2006 in Berlin



Mit der Unterzeichnung eines Protokolls einigten sich die Bundesregierung, vertreten durch den Staatsminister im Auswärtigen, Gernot Erler (l.) und durch den Verhandlungsleiter PSts. im Bundesinnenministerium Dr. Christoph Bergner (r.), mit der Regierung von Kasachstan, vertreten durch Vize-Außenminister Nurlan Onzanov über die deutsch-

kasachische Regierungsvereinbarung von 1996, die damit nunmehr in Kasachstan ratifiziert werden kann. Mit der Unterzeichnung des Protokolls ist gewährleistet, dass die im Abkommen vereinbarten Hilfen zugunsten der deutschen Minderheit in Kasachstan in beiden Ländern eine gesicherte Grundlage bilden.

Gute Grundlage für positive Entwicklung des deutsch-kasachischen Verhältnisses

Jochen-Konrad Fromme zu den Ergebnissen der deutsch-kasachischen Regierungskommission

In Kasachstan hat sich in den vergangenen Jahren vieles zum Positiven entwickelt. Es herrscht Aufbruchstimmung, davon kann sich jeder, der das Land bereist, mit eigenen Augen überzeugen.

Die Wirtschaft hat erheblich an Fahrt gewonnen und die sprudelnden Einnahmen aus den Erdöl- und Erdgasquellen bescheren dem nationalen Budget bemerkenswerte Aufwüchse und bilden die Grundlage für die infrastrukturelle Entwicklung des Landes.

Diese Erkenntnisse können aber nicht darüber hinweg täuschen, dass es dem an vielen Orten spürbaren Aufschwung noch an Breite in der Bevölkerung fehlt. Von diesem Gefälle zwischen Stadt und Land ist auch die große deutsche Minderheit, die noch heute in Kasachstan lebt, betroffen.

So sind die Bemühungen der kasachischen Regierung zur Integration der rund 225.000 Deutschen im Lande aner kennenswert, nicht zuletzt, weil sie bei rund 15 Mio. Einwohnern eine spürbare Größe darstellen.

Trotzdem ist festzustellen, dass vor allem die Deutschen von der insgesamt positiven wirtschaftlichen Entwicklung im Land abgeschnitten sind, die in den ländlichen Regionen und Dörfern leben. Es bestehen weiterhin große Schwierigkeiten bei der Pflege der eigenen Kultur und vor allem beim Erlernen der deutschen Sprache. Von einem flächendeckenden Angebot zum Erlernen der deutschen Sprache und auch von der Verfügbarkeit von Medien und technischen Hilfsmitteln zu diesem Zweck kann nicht die Rede sein.

Es ist daher gut und wichtig, dass nach Jahren der Verhandlungen zwischen der kasachischen Regierung und der Bundesregierung nunmehr eine Einigung über das deutsch-kasachische Regierungsabkommen zur weiteren Unterstützung der deutschen Minderheit erzielt wurde.

Es besteht kein Zweifel, die deutsche Minderheit ist auch weiterhin auf Hilfe angewiesen. Auf Antrag der Union haben sich CDU/CSU und SPD im Koalitionsvertrag auf die dauerhafte Verantwortung Deutschlands für die deutschen Minderheiten, auch in Kasachstan, geeinigt.

Ebenso wichtig ist, dass die kasachische Seite als Titularation sich gleichermaßen zu ihrer Verantwortung für die sehr große deutsche Minderheit in ihrem Lande bekennt. Finanzielle Unterstützung ist allerdings nicht das Einzige in den deutsch-kasachischen Beziehungen. Die bemerkenswerte wirtschaftliche Entwicklung im Land kann nicht darüber hinweg täuschen, dass in Fragen der Rechtssicherheit in Kasachstan noch nicht alles zum Besten steht. Dies mussten auch deutsche Spätaussiedler erfahren, die die durch ihre Ausreise nach Deutschland entstandene Brücke zwischen Deutschland und ihrem Herkunftsland nutzen, um in Kasachstan als Unternehmer tätig zu sein.

Es besteht die Hoffnung, dass die mit dem Regierungsabkommen verbundenen Verbesserungen in den deutsch-kasachischen Beziehungen es künftig noch stärker ermöglichen, über solche kritischen Aspekte zu sprechen.

Andreas Khol: „Heimat ist ein hohes Gut - Heimat bringt Rechte und Pflichten“

Heimatsymposium des ÖVP-Club im Österreichischen Nationalrat am 29. September in Freistadt



Beim Symposium in Freistadt am 29. September 2006: Der damalige Präsident des Österreichischen Nationalrates Dr. Andreas Khol, (3. von links) und der Abgeordnete zum Österreichischen Nationalrat Norbert Kapeller, vertriebenenpolitischer Sprecher des ÖVP-Club im Nationalrat (2.v.r.).

„Als Südtiroler habe ich ja einen besonderen, sehr persönlichen Bezug zum Thema Heimat“, sagte Nationalratspräsident Dr. Andreas Khol in seiner Rede beim 2. Heimatvertriebenen-Symposium in Freistadt, das vom Vertriebenensprecher der ÖVP, Abg. Ing. Norbert Kapeller, organisiert worden war. Khol gratulierte Kapeller zu seiner „hervorragenden Arbeit“ im Interesse der Altösterreicher deutscher Muttersprache. Betreffend das Symposium hob der Nationalratspräsident positiv hervor, dass nicht die Beschäftigung mit der Vergangenheit, sondern Zukunftsfragen im Mittelpunkt stünden. „Gerade die Vertriebenen wissen, was Heimat bedeutet“, so Khol: „Heimat ist ein hohes Gut, Heimat bringt

Rechte und Pflichten.“ Heimat entstehe durch Zugehörigkeit, Gemeinsamkeit, Solidarität und sei definiert als Werte- und Zielgemeinschaft. Der Nationalratspräsident ging in weiterer Folge auf aktuelle Herausforderungen in diesem Zusammenhang ein. Daher seien die neuen Maßnahmen im Staatsbürgerschaftsrecht zu begrüßen. „Denn die Staatsbürgerschaft ist ein hohes Gut und muss geschützt werden.“ Das Staatsbürgerschaftsrecht habe die Zahl der Einbürgerungen um 30 bis 40 Prozent gesenkt, Integrationsvereinbarungen und verpflichtende Sprachkurse seien Vorbild für ganz Europa. „Denn die Sprache ist der Schlüssel zur Integration!“

Vertreibungen in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ächten

Bayerns Sozialministerin Christa Stewens sprach am 14. Oktober 2006 zum „Tag der Heimat“ in Regensburg

„Über Jahrzehnte hinweg hat sich der Tag der Heimat zu einem weithin beachteten Ereignis entwickelt. Es geht um die Erinnerung an Vertreibung und Heimatverlust, an Integration und Neubeginn. Und es geht selbstverständlich auch darum, welcher Stellenwert dieser Erinnerung heute und künftig in Deutschland beigemessen wird. Menschenrechte werden nicht im leeren Raum ausgeübt, sondern dort, wo der Mensch wohnhaft ist, wo er Wurzeln und Heimat hat. Aus ihr gibt es keine gerechten Vertreibungen. Kein Staat kann sich durch nationale Bestimmungen einen Freibrief für ethnische Säuberungen ausstellen. Daher sind diese zu ächten in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“, erklärte Bayerns Sozialministerin Christa Stewens zum „Tag der Heimat“ am 14. Oktober in Regensburg. Vor 60 Jahren habe die organisierte Vertreibung der Deutschen aus dem Osten begonnen. Es sei einmalig in der Weltgeschichte, dass 15 Millionen Menschen auf einen Schlag ihr

Zuhause verloren haben. Mehr als zwei Millionen von ihnen kamen damals ums Leben. Stewens: „Wenn wir bedenken, dass als Spätfolge der Vertreibung noch 4,5 Millionen Aussiedler zu uns gelangten, wird das Ausmaß dieses welthistorischen Vorgangs erkennbar, der ebenso wie die anderen Menschheitsverbrechen des 20. Jahrhunderts keine Relativierung verträgt. Wir wissen, welches Unheil der Nationalsozialismus und seine Vollstrecker über Millionen Menschen gebracht haben. Nicht nur aus eigener Erfahrung, Erzählungen in den Familien, Schule und Medien, sondern auch weil es bei uns Hunderte entsprechender Dokumentations- und Gedenkstätten gibt. Ein zentrales Erinnerungs- und Dokumentationszentrum für die vertriebenen Deutschen gibt es hingegen immer noch nicht. Daher begrüßen wir die mehrmals bekräftigte Zusicherung der Bundeskanzlerin, ein sichtbares Zeichen an einem angemessenen Ort in Berlin zu setzen.“



Ungarn-Denkmal in Neulingen-Bauschlott enthüllt

„Der Gedenkstein soll Mahnung sein, aber auch ein Zeichen der Hoffnung, dass Widerstand gegen Tyrannei schließlich zur Freiheit führt.“ Das sagte Innenminister Heribert Rech bei der Enthüllung des Ungarn-Denkmals am 13. Oktober 2006 in Neulingen-Bauschlott. Der Minister erinnerte an die Ungarische Revolution, bei der 1956 über 2.500 Menschen getötet und fast 20.000 verwundet worden seien. An die 200.000 Menschen seien in den Westen geflohen und viele davon nach Baden-Württemberg gekommen.

Das Land habe sie gerne aufgenommen - wie auch die Ungarndeutschen, die bereits nach dem Zweiten Weltkrieg aus ihrer Heimat vertrieben worden seien.

„Werde in der Fremde heimisch, doch lass´ die Heimat nie zur Fremde werden.“ Diesen Rat hätten die Ungarn in Baden-Württemberg beherzigt.

Von der größten Schiffstragödie der Weltgeschichte



Erika Steinbach (l.) moderierte die Veranstaltung mit Heinz Schön (r.), zum Zeitpunkt des Untergangs am 30. Januar 1945 Hilfszahlmeister auf der „Wilhelm Gustloff“, später Autor zahlreicher Veröffentlichungen

Von drei russischen Torpedos getroffen, sank am 30. Januar 1945 das vor allem mit Flüchtlingen überladene ehemalige KdF-Schiff „Wilhelm Gustloff“ bei 18 Grad unter Null in der Ostsee. Nicht zuletzt den jahrzehntelangen Recherchen des ehemaligen Hilfszahlmeisters der „Wilhelm Gustloff“ und heutigen Buchautors Heinz Schön ist es zu verdanken, dass Licht in das Dunkel der Opferzahlen gekommen ist. Vor rund 60 gebannten Zuhörern berichtete Heinz Schön am 21. September im Rahmen einer Veranstaltung der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ über die letzten Stunden der „Wilhelm Gustloff“ und seine Erinnerungen an die Katastrophe. Über viele Jahre habe er in seinen Büchern die Opferzahl mit 6.600 angegeben, bis er vor wenigen Jahren den ehemaligen Einschiffungsoffizier wieder getroffen habe. Aus dessen Zählungen errechnete sich, dass 9.343 Menschen, darunter rund 3.000 Kinder beim Untergang den Tod fanden. Nur 1.252 Menschen haben die Nacht überlebt. Heinz Schön beschrieb sehr eindringlich die unglückliche Verkettung von Umständen, die Schiff zur Beute sowjetischer Torpedos werden ließ, die Tragödie des tausendfachen Sterbens und die „kleinen Wunder“ glücklicher Rettungen.

Landestrachtenfest der Donauschwaben

„Es ist überwältigend zu sehen, mit wie viel Liebe und Freude die Donauschwaben ihre Bräuche und Sitten der alten Heimat pflegen.“ Das sagte der Landesbeauftragte für Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler, Innenminister Heribert Rech, 21. Oktober 2006, beim Landestrachtenfest der Landsmannschaft der Donauschwaben in Mosbach. Das Landestrachtenfest sei ein Stück urwüchsiger donauschwäbischer Tradition. Es sei ein Fest der Begegnung und der Vergewisserung, dass die Donauschwaben zusammenstünden und ihre Kultur weiterpflügten. „Was wir hier erleben, das ist ein Stück gelebte und lebendige Heimat“, betonte der Minister

.Mit Ausdauer und Freude hätten die landsmannschaftlichen Gruppierungen ihre Traditionen und Bräuche „von daheim“ bis heute gepflegt und lebendig erhalten.

IMPRESSUM

Herausgeber:	Dr. Norbert Röttgen MdB Hartmut Koschyk MdB Parlamentarische Geschäftsführer Jochen-Konrad Fromme MdB
Redaktion:	Thomas Helm (verantwortlich) Verena Herkenhoff
Sekretariat: Kontakt:	Ines Roehm Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler
Anschrift:	Platz der Republik 1 11011 Berlin Telefon (0 30) 2 27-55364 Telefax (0 30) 2 27-56154